

land in sicht

Sheriffs statt Beamte

Private Sicherheitsdienste sollen in Haftanstalten aushelfen. Häftlingsinitiativen und Gewerkschaften kritisieren die neue Knastwirtschaft

von KLAUS JANSEN

Das nordrhein-westfälische Justizministerium plant, Aufgaben in den Strafvollzugsanstalten an Privatunternehmen abzutreten. In der Küche, im Fahrdienst, aber auch in der Außensicherung sollen teure Beamtenstellen eingespart werden.

„Eine personelle Aufstockung ist bei den Vollzugsbeamten zur Zeit nicht möglich“, sagt Dieter Wendorff, Sprecher des Justizministeriums. Dabei schieben Nordrhein-Westfalens Strafvollzugsbeamte nach WDR-Angaben im Schnitt 78 Überstunden vor sich her. Entlastung verspricht sich Wendorff von verbesserter Technik und der Hilfe sogenannter „schwarzer Sheriffs“. Der Spielraum für deren Einsatz ist aber durch die Verfassung eng begrenzt. Was in der Küche und im Fahrdienst unbedenklich ist, wird zum Problem, wenn Gefangenenkontakt besteht. Nicht zuletzt der Gebrauch der Schusswaffe ist hoheitliche Aufgabe, die nicht von Privaten übernommen werden darf. Bei der CDU ist man deshalb skeptisch. „Man setzt auf der Intensivstation keinen Feger ein, wenn ein Arzt gebraucht wird“,

sagt deren rechtspolitischer Sprecher Peter Biesenbach. Dennoch zeichnet sich im Landtag eine Mehrheit für die Pläne des Ministeriums ab. Die FDP signalisiert Zustimmung, und auch die Grünen geben sich kompromissbereit. „Zum Wohle der Gefangenen und zur Entlastung unserer Beamten müssen wir Konzessionen machen“, sagt Sybille Hausmann. Man müsse nur darauf achten, dass die Privaten nicht Arbeiten innerhalb der Anstalt verrichten, die von den Häftlingen selbst gemacht werden – so beispielsweise bei der Essensausgabe.

Erfahrung mit privaten Sicherheitsdiensten hat man im Abschiebegefängnis in Büren. Dort arbeiten die Behörden seit 1994 mit der Essener „Kötter Security“ zusammen. Während die Regierung die Arbeit des Unternehmens lobt, äußern Häftlingsinitiativen Kritik. „Die Trennung von hoheitlichen Aufgaben und dem, was Private nach der Verfassung dürfen, ist in der Praxis kaum einzuhalten“, sagt Frank Gockel vom „Verein für Menschen in Abschiebehaf“. So durchsuchten die Privaten in Büren die Besucher der Häftlinge und hätten auch Akteneinsicht. Zudem seien die Privaten

bei längeren Arbeitszeiten und geringerer Bezahlung oft selbst überlastet und könnten das Klima in der Anstalt kaum verbessern. Skepsis herrscht aus diesem Grund auch bei den Gewerkschaften: „Häufig stimmt die Abstimmung zwischen Beamten und Hilfskräften nicht“, meint Hans-Dieter Warda von Ver.di. Die Probleme im Strafvollzug könnten letztendlich nur durch genügend gut ausgebildete Beamte gelöst werden.

In einem Punkt ist man sich jedoch einig: Reine Privatknäste nach amerikanischem Vorbild möchte in Nordrhein-Westfalen niemand. In anderen Bundesländern ist man schon weiter: Mecklenburg-Vorpommern least seit 1996 eine privat gebaute und geplante Haftanstalt. In Hünfeld/Hessen wird im nächsten Jahr ein Gefängnis nach demselben Modell entstehen. Dort sollen insgesamt 90 Privatangestellte den 140 Justizbeamten die Arbeit erleichtern. Neue Märkte also für Unternehmen wie Kötter Security. „Die Aufträge an private Sicherheitsdienste seitens der öffentlichen Hand werden steigen, nicht nur in JVA's“, meint Firmensprecher Schulte-Fischedick: „Wir sind darauf vorbereitet.“